

Highlights der ersten Pressekonferenz des EHFG 2020

Recovering from the pandemic – A wake-up call for a well-being society?

Mittwoch, 30.September 2020

Die erste Pressekonferenz hat sich mit Modellen, Konzepten und Visionen auseinandergesetzt, die uns helfen können, politische Prioritäten zu überdenken, Innovationen voranzutreiben und widerstandsfähigere Gesundheitssysteme und Gesellschaften aufzubauen, nachdem die COVID-19-Pandemie die Grenzen der selbst fortschrittlichsten Gesundheitssysteme offengelegt hat.

Maggie de Block, Ministerin für Gesundheit und Soziales, Belgien

Maggie De Block unterstrich die Zerbrechlichkeit der Welt, sprach kurz über die mögliche Ernennung eines Coronavirus-Kommissars in Belgien und betonte die Notwendigkeit ganzheitlicher, sektorübergreifender Zusammenarbeit:

"Wir alle haben Gesundheit viele Jahre lang als selbstverständlich angesehen. Ein Virus hat uns jetzt allerdings gezeigt, wie zerbrechlich unser Leben, wie zerbrechlich unsere Wirtschaft, wie zerbrechlich unser Wohlbefinden, wie zerbrechlich unser soziales Leben und unser Familienleben sind. Unsere Wirtschaft ist wichtig und alle Länder auf der ganzen Welt wurden von dem Virus wirklich überrascht, aber zeigten eine außerordentliche Fähigkeit, Maßnahmen [gegen COVID-19] zu ergreifen."

"Wir haben ein sehr kompliziertes, politisches System in Belgien. Ein Coronavirus-Kommissar wird in der neuen [belgischen] Regierung das föderalistische System in Belgien vereinen müssen. Dieser Kommissar wird keine politische Figur sein, sondern ein Krisenmanager, sodass das gesamte Land und seine Regionen die Coronavirus-Pandemie mit der gleichen Effektivität bekämpfen können".

"[Während der COVID-19-Krise] konnten wir nicht alleine handeln. Als politische Entscheidungsträger mussten wir mit dem Pflegesektors zusammenarbeiten, mit den Patienten selbst und mit all denen, die uns helfen konnten, allen Bürgern. Wir haben den Bürgern viel abverlangt. Wir müssen die Lektion lernen, dass nicht nur das Bruttoinlandsprodukt für das Leben eines Menschen wesentlich ist."

Hans Kluge, WHO-Regionaldirektor für Europa

Hans Kluge betonte die Notwendigkeit von mehr Solidarität, klarer politischer Führung und neuen Partnerschaftsmodellen, um den Zugang zu Medikamenten zu gewährleisten:

"Solidarität ist der einzige Weg nach vorne. Wenn diese nicht aus dem Herzen kommt, muss der Verstand benutzt werden. Es besteht ein enges Verhältnis zwischen Gesundheit und Wirtschaft, das von der Idee der Wohlstandsökonomie geprägt ist und den Menschen in den Mittelpunkt des Systems stellt."

"Wir müssen einen bezahlbaren Zugang zu innovativen Medikamenten sicherstellen. Dies bedeutet, dass wir einen neuen gesellschaftlichen Vertrag mit der pharmazeutischen Industrie ausarbeiten müssen, um sowohl Medikamente für die Menschen erschwinglich zu machen als auch grundlegende Anreize für die Industrie zu schaffen, damit diese weiterhin in Innovation investiert."

"Um die Pandemie zu bekämpfen, müssen wir uns mit dem Problem des Corona-Überdruss aueinandersetzen und eine klare politische Führungsposition entwickeln. Die Reaktion auf COVID-19



sollte auch die Arbeit von Soziologen, Anthropologen und Verhaltensforschern mit einbeziehen. Ausserdem müssen wir die Jugend miteinbeziehen. Das ist sehr wichtig, und ich bin in dieser Hinsicht sehr optimistisch. Sie sind so kreativ, wenn es darum geht, neue Wege zu finden, sozial zu sein, und wir brauchen junge Menschen, die zu anderen jungen Menschen sprechen."

"Ich möchte der Präsidentin der Europäischen Kommission und insbesondere meiner Amtskollegin, der Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides, meine Anerkennung aussprechen. Wir werden unsere Zusammenarbeit weiter ausbauen, denn letztlich geht es um die Gesundheitssicherheit der gesamten Europäischen Union. Die Sicherheit der EU kann nicht gewährleistet werden, solange der Balkan oder Osteuropa nicht sicher sind. Meiner Ansicht nach gibt es drei Prioritäten, die wir gemeinsam angehen müssen: universelle Gesundheitsversorgung, Gesundheitssicherheit und allgemeine Gesundheit und Wohlbefinden."

<u>Colin Crouch, Externes wissenschaftliches Mitglied, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung</u>

Colin Crouch hob die Notwendigkeit einer verstärkten wissenschaftlichen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene hervor und sprach darüber, wie die Stärkung der Gesundheitssysteme und das Wirtschaftswachstum Hand in Hand gehen können:

"Eines der Dinge, die wir in mehreren Ländern während dieser Krise gesehen haben, ist, wie die Menschen mit der Situation umgegangen sind. Den Menschen ist bewusst geworden, dass sie sich damit auseinander setzen mussten, was in ihrem Land vor sich ging und wie die Regierungen regiert haben. Es ist ziemlich bemerkenswert, wie das soziale Bewusstsein der Zivilgesellschaft aktiviert wurde."

"Diese Pandemie hat viele Leben zerstört und sie hat auch Millionen von Arbeitsplätzen vernichtet. Anstatt also die Wirtschaft gegen das Wohlergehen auszuspielen, müssen wir nach Wegen suchen, wie wir beide miteinander verknüpfen können. Wir müssen uns Beispiele dafür ansehen, wie die Notwendigkeit, Arbeitsplätze zu schaffen mit einer anderen Art von Wirtschaft und Gesellschaft einhergehen kann. Genau das ist bereits mit der 'green agenda' geschehen, indem wir sagen, dass die 'Green Economy' gleichzeitig eine Wachstumswirtschaft darstellt."

"Auf der einen Seite gibt es politischen Druck, der Regierungen dazu anhält, wissenschaftliche Entwicklungen zuerst für das eigene Volk zurückzuhalten. Auf der anderen Seite gibt es allerdings auch einen starken wissenschaftlichen Druck zur Zusammenarbeit, weil Wissenschaft und Forschung universell sind. COVID hat aufgezeigt, dass wir Zusammenarbeit brauchen, weil niemand davon profitieren wird, wenn ein Impfstoff nur für jemanden alleine zugänglich ist."

"Europa ist ein sehr guter Ort für den Austausch von Ideen und Ressourcen, und wir haben gesehen, wie dieser in einer Reihe von Politikbereichen stattfindet. Die Möglichkeit, Ressourcen über eine große Anzahl von Ländern mit unterschiedlichen Kapazitäten zu bündeln, sollte ganz nach vorne auf die Tagesordnung gesetzt werden."